

Hier aber fangen erst die Schwierigkeiten an. Damit das kapitalistische Deutschland auf dem Weltmarkt die Konkurrenz mit den anderen kapitalistischen Staaten bestehen kann, muß seine Produktion so hoch sein, daß ihr Ergebnis nicht nur den gesamten Inlandsbedarf deckt, es muß auch noch einen solchen Unternehmerprofit gewährleisten, der diesen eine künftige Erweiterung der Produktion möglich macht. Deutschland muß aber auch noch die Reparationslasten aufbringen. Seine Produktion muß also noch um so vieles höher sein, als die Reparationslasten ausmachen. Mit anderen Worten: Soll das kapitalistische Deutschland bestehen bleiben, dann können die deutschen Arbeiter keinen Weltdurchschnittslohn erhalten. Gegenwärtig wird aber in Deutschland nicht einmal so viel produziert, als der Lebensbedarf der Bevölkerung ausmacht, geschweige denn das Ueberprodukt hergestellt wird, das zur Zahlung der Reparationen notwendig ist. Will unter solchen Umständen der deutsche Kapitalismus bestehen und Gewinne machen, dann muß er den Lohn der Arbeiter fähig machen, um arbeiten erst für die Kriegsreparationen, dann für die Ernährung einer breiten Bevölkerung zu leisten und für einen hohen Unternehmerprofit zu sorgen, was übrig bleibt, ist für seinen eigenen Bedarf.

Diese kapitalistischen Tendenzen führen aber zur Vernichtung der Lebens- und Arbeitskraft der arbeitenden Massen Deutschlands. Im Selbstbehaltungsinteresse muß daher die Arbeiterschaft der Bourgeoisie gefolgt werden und ihr alle Macht gegen die verlorenen Positionen wieder abringen. Der Unternehmerprofit muß beschnitten werden, die Wucherer müssen aufhören, in das System der Produktion, das gemäß dem Interesse der Arbeiterschaft, Plan und Ordnung gebracht werden. Gewiß kann die Arbeiterschaft keine Stunde den Kampf um einen menschenwürdigen Lohn, um das Existenzminimum aussetzen. Der Reallohn der Arbeiterklasse ist das nächste Ziel. Will die Arbeiterschaft zu diesen nicht durch eine gute Organisation geführt und angetrieben zu werden gelassen werden, so darf sie nicht denen Gehör schenken, die ihr heute einreden, mit dem Mittel der „Goldlohnreue“ oder der „Geldenden Skala“ werde alle Not ein Ende haben. Der Kampf um Annullierung der Rente an die Tenierung muß trotz aller Opfer weitergehen, der enorme Druck auf die Bourgeoisie im politischen Kampf darf nicht um ein Atom nachlassen, er muß sich im Gegenteil gerade jetzt verstärken, denn nur wenn die Arbeiterschaft die Regierung stellt, können die Voraussetzungen für einen stabilen Lohn geschaffen werden.

Einen anderen Weg gibt es nicht. Die Bourgeoisie zahlt und zahlt noch heute bereits in ausländischen Währungen. Das bedeutet, daß sie sich freiwillig unter die Finanzherrschaft der auswärtigen kapitalistischen Staaten stellt. Im Saargebiet hat sie bemerkt, daß die Arbeiterschaft mitgehen und das Gebiet de facto zum Reich genommen. Auf diesem landesverräterischen Weg kann ihr die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands im eigenen Interesse nicht folgen.

Das Verlangen nach Zahlung der Rente in ausländischen Währungen würde, selbst wenn es möglich wäre, diesen Wunsch zu erfüllen, die Erhaltung der deutschen Währung bedeuten, gleichzeitig das Ende der Kapitalherrschaft Deutschlands. Als Kolonie würde es an den Kapitalherrschaften verschluckt werden. Die Arbeiterschaft hat dabei nichts zu gewinnen.

Die Bourgeoisie zahlt und zahlt in ausländischer Währung. Sie treibt bemerkt zum Staatsbankrott, um die Staatsbetriebe einnehmen zu können. Sie wird keine werbefähige deutsche Währung mehr schaffen und wird die Lohnzahlung in Papiermark oder die Weiterzahlung des Reallohnes, wie im Saargebiet, eventuell mit Hilfe fremder Banknoten, weiter durchsetzen. Sie wird als Sklavenherrscher der Entente die arbeitenden Massen Deutschlands zu Tode peinen, wenn die Arbeiterschaft nicht die Kraft aufbringt, sie niederzuringeln und den Weg zu befreien, den das Programm des Reichsbetriebsratkongresses vorgezeichnet hat.

Entartungen sozialdemokratischer Führer

(Eigener Bericht)

Berlin, 14. Juni.

Wie die Sozialdemokratie und Arbeitersinnlichkeitspolitik in einer völligen Entartung der sozialdemokratischen Führer in den Parlamenten führt, zeigt sich wieder in der Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages vom 14. Juni. Dieser Sitzung lag eine Forderung der Angeestellten des Reichstages vor, daß sie ebenso wie die Angehörigen des Reichstages nach längerer Dienstzeit als Beamte angestellt werden. Es handelt sich um Angehörige, die bereits 15 und 25 Jahre in mehr als einem der Reichstages haben. Der Vorstand des Reichstages, unter Führung des sozialdemokratischen Präsidenten Reimert, hatte daraufhin einen Antrag gestellt, wonach von den 150 Angestellten wenigstens 87 mit über 20jähriger Dienstzeit zu Beamten gemacht werden sollten. Nachdem aber der bürgerliche Finanzminister aus finanziellen Gründen gegen die Forderung der Angeestellten Stellung genommen, erhob, hat der sozialdemokratische Präsident Reimert um die Kampfe auf einmal die Forderungen der Angeestellten mit Argumenten, die die ganze Erdkruste dieser Sorte von Arbeitervertretern erkennen lassen. Es sei ihm als Präsident leichter, einen Angehörigen zu entlassen, wenn dieser Tatloshaltung gegen Abrechnung begehrt, als einen Beamten, den er nicht ohne Hinterlassenen entlassen könne. Reimert hielt geradezu die bürgerlichen Abgeordneten an, sich doch nicht etwa von den Angeestellten beeinflussen zu lassen und nicht ihren Forderungen nachzugeben. Als Landtagspräsident müßte er sich, wie jeder Minister, gegen „unberechtigte“ Forderungen der Angeestellten wenden. Darauf wurde ihm mit „Rede von kommunistischer Seite“ gesagt, daß die sozialdemokratische Begründung zur Befreiung von solchen Ministern und Präsidentenposten bei den Arbeitern hoch gerade darauf hinausläufe, daß Sozialdemokraten in diesen Stellungen besser als bürgerliche Vertreter die Interessen der Arbeiter und Angeestellten wahrnehmen könnten. Reimert bewies durch seine Stellungnahme, daß die Begründung ein Schwindel ist und daß Sozialdemokraten in diesen Stellungen nicht die Wahrung der Arbeiterinteressen als ihre höchste Aufgabe betrachten.

Der Hauptauschuss lehnte nach der Rede Reimerts die Forderungen der Angeestellten mit Einschluss der sieben sozialdemokratischen Vertreter ab. In ebenso verständlicher Weise lehante der sozialdemokratische Reichstagspräsident Reimert die Forderungen der Angeestellten ab, wenn die Angeordneten Dienstzeit erkaufungslos erkennen. Ein Angeestellter erzählt nach 41jähriger Dienstzeit im Monat Juni 1906 7000 Mark Unterzahlung, ein anderer nach 38jähriger Dienstzeit 10000 Mark, ein dritter nach 17jähriger Dienstzeit 521 Mark. Die Witwe eines Angeestellten 4928 Mark. Im Grunde mit den Bürgerlichen liebten sie auch die kommunistische Forderung ab, die eine sofortige Erhöhung der Gehälter, Löhne und Unterzahlungen für die Angeestellten und unteren Beamten forderten. Die Scham ist bei ihnen hängt zu den Hundstagen geflossen.

Diese Heidentaten von Arbeitervertretern wurden noch übertrumpft durch die Ablehnung der durch kommunistische Kräfte unterzeichneten Forderung der Angeestellten, den Lohn der Arbeiter und des Arbeiterkennzeichens der Reichsbetriebsrat, ihnen für die drei monatliche Sommerernte des Landtags Gehalt und Lohn weiterzugeben. Wenn die Abgeordneten mit ihren Landtagsdiäten, die sie für die Dauer der Vertagung voll erhalten, in die Ferien gehen, werden die Angeestellten des Landtags und die der Landtagsverwaltung gefündigt, damit man ihnen nicht für die vierwöchentliche Abwesenheit den Lohn zu zahlen braucht. Wenn es ihnen nicht gelingen will, die übrigen acht Wochen Arbeit zu finden, was bei der wachsenden Arbeitslosigkeit so ziemlich ausgeschlossen ist, dann sind sie mit ihren Familien dem Hunger ausgeliefert. Mit diesen Hungerlöhnen von 17000 bis 20000 Mark müssen sie für das lebteste Weitergehen der Abgeordneten sorgen.

Der „Sozialist“ Wandervogel

In Hamburg, am 24. Mai:

„In dem Augenblick, in dem ich hier den feierlichen Protest der Belgischen Sozialistischen Partei wegen der Besetzung des Ruhrgebietes wiederhole, der leider ohnmächtig blieb, denke ich daran, daß nach dem Kriege von 1870 zwei deutsche Sozialisten, Edel und Dieblich, den Mut hatten, gegen die Anexion von Elsass-Lothringen durch den kaiserlichen deutschen Imperialismus zu protestieren. Auch dieser Protest war damals ohnmächtig und trotzdem hat dieser Protest damals die Ehre des Sozialismus und der deutschen Arbeiterbewegung gerettet.“

In der belgischen Kammer am 12. Juni:

„Belgien muß seinen beiden großen Freunden, Frankreich und Großbritannien, die Treue halten. Es ist möglich, daß die von Deutschland zu zahlende Summe ein für allemal festgelegt werden muß. Die Sozialdemokratische Partei sei bereits vor Unterzeichnung des Versailler Vertrages dieser Ansicht gewesen. Man habe aber, nachdem man von 300 Milliarden gesprochen habe, nach und nach die deutsche Schuld bis auf 50 Milliarden herabgesetzt und die öffentliche Meinung habe sich immer mehr an diesem Vorgehen. Im übrigen wird man solange an der Ruhr bleiben müssen, bis Deutschland alles bezahlt hat. Die Ruhrbesetzung hat den Sturz der Marx beschleunigt und die deutschen Kleinbürger ruiniert. Man muß sich hüten, dem Europa tief veranrochtend dafür und eine Zerlegung Deutschlands würde die Welt vernichten.“

„Die Kommunisten werfen mit vor, ich hätte den Versailler Vertrag unterschrieben. Ich habe unterschrieben? Hermann Müller auch!“

Die sozialdemokratischen Führer lehnten eine Erhöhung dieser Schulden ab, nachdem Reimert erklärt hatte, daß kein Anlaß vorläge, über die von der Organisation mit den Unternehmern vereinbarten zinsfreien Darlehensangelegenheiten. Der letzte der Mann, der neben seinen Abgeordnetenbüros noch fast ebenso hohe Präzisionsgehälter und außerdem als Oberbürgermeister von Hannover ein Jahresgehalt von 44 Millionen Mark nebst den Orts- und Familienzulagen bezieht, der in Berlin und Hannover zwei Dienstwohnungen mit insgesamt 30 Zimmern zur Verfügung hat.

Es liegt an den Arbeitern, ihren Arbeitervertretern zum Bewußtsein zu bringen, welche Wägen sie gegenüber den Arbeitern übernommen haben und ihren Worten ihre Taten gegenüberzustellen.

Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter gegen Grüner

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 14. Juni.

Die Rebellion gegen den Sozialpatrioten Grüner wird in den Reihen der sozialdemokratischen Mitglieder immer größer. Eine Mitteldeutsche Arbeiterpartei (M.D.A.P.) nahm Stellung zu dem Verbot der kommunistischen „Schwarzen“-Verfilmung durch den Reichspräsidenten Ebert. Grüner hat sich gegen die Arbeiterbewegung dieses Verfilmungsverbot auf das allerhöchste verurteilt und der Parteiführer durch einstimmigen Beschluß beauftragt, diesen Protest durch die Presse zu bekämpfen und die Begründung auf die unsere Partei führenden Maßnahmen des Reichspräsidenten aufmerksam zu machen.

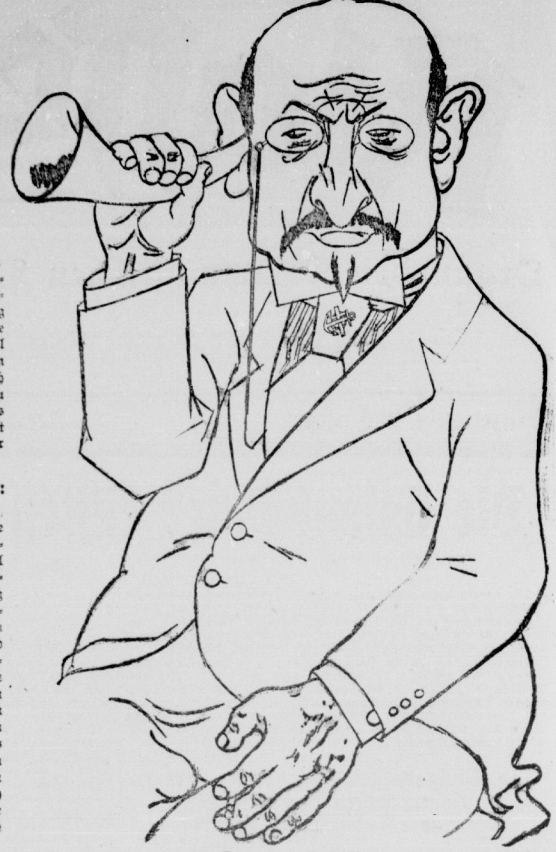
Hüllen auf dem Wege nach Deutschland. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hüllen ist gestern Abend in Richtung nach Strohburg-Rehl abgegangen worden.

Die neuen Beamtengehälter. Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurde die neue Ergänzung des Beamten-Beholdungsgesetzes beraten und die neuen Grundgehälter bewilligt. Demnach beträgt das niedrigste Gehalt 324 000 Mark monatlich, dem das höchste, das der Reichstagsminister Cuno bezieht, mit 6 900 000 Mark gegenüber. Der Cuno braucht also nur das Zwanzige vom Leben, was ein Schneider braucht. Dazu kommt, was sich das nicht anders in dem verarmten ausgehungerten Deutschland sieht, eine palastartige freie Dienstwohnung, ein Viehhofes an Aufwandsentschädigung und Repräsentationsgeldern. Interessant an der neuen Gehaltsregelung ist vor allem eines: bei der Festsetzung der letzten Grundgehälter betrug die Differenz zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Beamtengehalt etwas über die Hälfte der jetzigen Differenz. Es scheint so, als ob die Wagen der unteren Beamten immer feiner, die der oberen immer größer würden.

Gegen die Stimmführung der Staatsberatung. In Hamburg wurde bereits im Oktober 1922 vom Senat eine Gesetzsatzung der Bürgerschaft vorgelegt, die die Verbesserung der staatlichen Gas- und Wasserwerke an das Privatkapital vorseht. Nach diesen staatlichen Worten sollen die staatlichen Anlagenanlagen an die Reibe kommen. Gegen diese Pläne zitiert nun der führende Ausschuss der Betriebsräte die gesamte Staatsarbeiterschaft, Angestellten und Beamten zum Protest auf. Die erste Kundgebung findet am Dienstag, dem 12. Juni, statt.

Ein gutes Gehalt. Die Deutsche Handelsbank A.G. erhöht ihr Kapital von 100 Millionen auf 600 Millionen Mark. Hieron fallen den Aktionären auf jede der bisherigen Aktien zwei junge Aktien zu 250 Prozent angeboten werden. Das ist bei dem Millionenwert, den heute jede Aktie hat, ein glattes Geschenk.

Die Preise für Stiefelhäute. Die Preise für 1 Kilogramm neu gefärbte Leder: Schwarzes Ammoniak mit gerbart und



(Schmuck von George Grosz)

nicht gemahlen, 22 120 Mark, gebarbt und gemahlen 22 840; Schwarzfaures Ammoniak 22 120 Mark; Leinwandpapier (Ammoniakpapier) 22 120 Mark; Kalksteinpapier 22 120 Mark; Kartonpapier 26 870 Mark; Kalkstoff 19 800 Mark. Diese Preise gelten für alle vom 15. Juni d. J. an zur Abholung gelangenden Mengen bis auf weiteres.

Beschweigen ist Gold. Der „Vorwärts“ meldet kurz: „Eben Sonntag wird Marx gefügt; am 10. Juni erfolgt der Bernerleiße der Schwarzmeerflotte ein Kantonsratsmandat in Borburg.“ Was aber der Vorwärts nicht meldet, ist, daß seine französischen Freunde Gegenstände in gegen Marx aufstellen. Der „Populaire“ vom 11. Juni berichtet aus Simoges: „Bei den hier stattgefundenen Kantonsratswahlen erzielte Sozialist, 2974 Stimmen, Marx 1044. Eine Stichwahl ist notwendig.“

Gewerkschaftsbewegung

Die französischen Arbeiterbewegung in Arm mit dem Bürgerturn

Wie in allen kapitalistischen Staaten, so werden auch in Frankreich die Arbeiter durch die kapitalistischen Angriffe immer mehr bedrückt. Wie ernst die Situation selbst von den reformistischen Gewerkschaftsführern aufgefaßt wird, zeigt uns ein Kommuniqué der CGT, Comedication general du travail.

„Unter dem Schutze einer Regierung, die sie durch ihre Presse beherrschen, und begünstigt durch eine ihnen vollkommen ergebene Polizei, erneuern die Camelots da Noi ihre kapitalistischen Praktiken. Die Sicherheit der Personen ist nicht mehr gewährleistet. Die Meinungsfreiheit ist bedroht. Der Arbeitsschutz steht es zu, die selbe zu verteidigen, da die öffentliche Gewalt sie den Schlägen der Gegner des republikanischen Regimes überläßt. Das in außerordentlicher Sitzung mit dem in Paris anwesenden föderationsleiteren verfasste Bureau der CGT, das die notwendigen Maßnahmen zur Rettung der ursprünglichen Freiheiten ins Auge gefaßt (? D. R.) Eine Delegation von fünf Mitgliedern wurde bestimmt, um mit den Vertretern der republikanischen Organisationen in dieser Sache zu konferieren.“

Die Gefahr in Frankreich ist groß. Die französischen Gewerkschaftler wissen, daß sie zur Verteidigung der „auspräglichsten Freiheiten“ eine Einheitsfront brauchen. Sie wollen diese aber nicht mit dem revolutionären Proletariat, sondern nur mit dem linken Teil der Bourgeoisie, Bildgarn, der Vorhänge des reformistischen Einheitsfrontverbandes, erklärte seine Lage vorher im „Peuple“, daß er auf der Berliner Transportarbeiterkonferenz sich als Gegner der Einheitsfront bekannt habe, und Zouban fabrizierte in Antwerpen eine Resolution, in der Zimmens Kampf für die Einheitsfront besprochen wurde.

Womit wollen die französischen Reformisten diesen Widerspruch in ihrer Haltung vor dem Proletariat verteidigen?

Wahlstrebungen im Vater-Verband

In der Vorhansetzung des Verbandes der Vater und Lutzer in Weihenfels wurde folgender Beschluß zur Wahlangelegenheit der Generalversammlung gefaßt: Durch ein Schreiben vom 30. Mai 1923 erhielten wir die Nachricht, daß die Wahl des Genossen Fried (Wittenberg) für unzulässig erklärt worden ist. Wir erheben gegen diesen Beschluß sofortigen Protest. Die bestehende Wahlkommission hätte bei Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung genau prüfen müssen, ob jeder der aufgestellten Kandidaten wählbar ist. Dann hätte vor der Wahl das Mandat noch zurückgegeben werden können. Wir fordern die Anerkennung der Wahl des Genossen Fried. Andernfalls müßten wir das gesamte Wahlergebnis als ungültig ablehnen und Neuwahl fordern.

Weiter erheben wir sofortigen Protest gegen die Unzulässigkeitsklärung der Wahl der hiesigen Wahlstelle, die demselben begründet wird, daß auf dem Wahlprotokoll sowie auf der Wahlkarte keine Termine festgelegt waren. Die Mehrheit der Kollegen ist mit diesem Beschluß einverstanden.

Dollar heute vormittag 105 000 Mark

Opposition in der Genossenschaftsbewegung

Von Karl Bittel

Seit jeder gibt es in der deutschen Genossenschaftsbewegung Richtungskämpfe. Vor 1871 war es der 23jährige soziale Demokrat Eduard Fuchs, der gegen Schöne-Delitzsch kämpfte. (Vergleiche mein Buch in den „Anlagen“ über Konsumvereine) des Vereins für Sozialpolitik, Band 131, München 1915). Um die Jahrhundertwende waren es die jungen Hamburger mit dem Genossen Heinrich Kaufmann an der Spitze, die 1894 ihre GGG-Zelle in den Allgemeinen Verband gebaut hatten und mit dem harten Propagandamittel, ihrer „Engländerzeitung“. Diese Opposition endete mit dem Ausschluß der „sozialen“ Fuchs und Fuchs, in dem es sich um die Frage handelte, ob die Umwandlung der Genossenschaften zu „Kampfs- und Klassenorganisationen“ nicht bildete — hierfür kann man einen heute sehr aktuellen Artikel in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ von 1919 (Seite 138) nachlesen.

Die sozialdemokratische Opposition Nach Krausz wurde 1908 der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg gegründet, in dem es schon sehr bald wieder eine Opposition gab. Die sozialistische Internationale hatte nämlich endlich unter der Führung Bänderdes ihre Augenmerk auf die Konsumvereine gerichtet und sie als Faktoren des Klassenkampfes reklamiert. Die Resolution von Kopenhagen 1910 ist bekannt. — Die deutsche Section der Zweiten Internationale, die SPD, — wurde kurz vor dem Kriege dem Anfang mit der Durchsetzung der „Kopenhagener Diktate“. Es war auf dem Parteitag 1910 in Brüssel, wo die „Kriegs- und Friedenspolitik“ gegen die „Neutralitätsgenossenschaftler“ richtet und forderte, daß die Genossenschaften eine mitläufige Rolle im Klassenkampf des Proletariats spielen. Noch später wurde in der „Angriff 1911 auf dem Parteitag in Gené, wo Groß-Berlin die Resolution Nr. 56 eingebracht hatte, die von Göhre begründet wurde und in der es wörtlich heißt:

„Die Verhandlungen über die Genossenschaftsfrage und die einstimmige Annahme des Antrages über das Genossenschaftswesen auf dem Parteitag haben endlich die langjährige Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Genossenschaft gebracht. Klar und scharf wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter die Hauptträger der Konsumgenossenschaftsbewegung sind, und daß diese bemüht sein müssen, die Bewegung mit sozialistischen Geistes zu erfüllen, damit auch die Konsumvereine als Weisen im proletarischen Organisationskampf Anwendung finden können.“

Das ist aber auch alles, was die leitenden Männer der Konsumgenossenschaftsbewegung dieser organisierten Willensanregung der imperialen Politik entgegenzusetzen konnten. Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entgegenzusetzen und diese Willens durch zu überliche Zerkleinerung in Neutralität, wie sie der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kaufmann bezeichnet hat, geradezu verhindern. Die Aufgabe, daß die Neuzugeworbenen Kaufmanns bisher in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ unwiderprochen bleiben, ist nicht erfüllt, daß der Generalsekretär in führenden Kreisen nicht stiller wohnt.

Der Parteitag wendet sich mit aller Schärfe gegen diesen Neutralitätsfanatismus und erhebt energisches Widerspruch. „Von dieser Kritik, die heute noch viel berechtigter ist als damals, wollen die sozialdemokratischen Genossenschaftler jetzt nichts mehr wissen.“

Die kommunistische Opposition Organisationsfrage begann sie zu arbeiten zu Anfang 1920 in Württemberg, wo sich aus staatenbewussten Genossenschaftlern, die der GGGD, und der KPD angehörten, eine Arbeitgenossenschaft sozialistischer Genossenschaftler bildete. Hoff gleichzeitig begann auch in anderen Ecken Deutschlands eine proletarische Opposition. Auf den Genossenschaftstagen im Mai 1920 in Ulm und im Juni 1920 in Stuttgart waren die ersten Schritte der kommunistischen Arbeiter, Eringer, Höpner, Lange, Karr und Schmid. (Man lese hierzu die beiden Jahrbücher des Zentralverbandes vom Jahre 1920 nach).

Die Kampfobjekte waren dieselben wie vor dem Krieg: Nicht reformistisch-leinbürgerlich genossenschaftliche Geschäftszweige und Kaufmannsprojekte, sondern staatenbewusste proletarische Genossenschaftsbewegung! Weggedenkter Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus. Die kommunistischen Forderungen waren: Wähle proletarische Komitees, an Stelle der verhängnisvollen Führerämter, welche die Bestimmungsgewalt der arbeitenden Massen selbst! Statt Einlagenleistungen direkte Mitarbeit der „einfachen Mitglieder“ und Personbildung eines breiten proletarischen Funktionärsapparat. Statt geistigen Terror und Redakteur-Demagogie volle Diskussionsfreiheit in der Genossenschaftsfrage und auf den Genossenschaftstagen.

Wirtschaftspolitik: Statt der händerlähmenden Wirtschaftspolitik zum freien Handel die Förderung des genossenschaftlichen Ausbaus der Zwangsvereine, statt der Förderung des Widerbestimmungsrechts des Selbstkostenpreises der Ware (und erhöhtes eigenes Betriebskapital).

Steuerpolitik: Schärfer Kampf gegen alle Verbrauchssteuern, die volle Befreiung der Umsatzsteuer für die Genossenschaften und Erlassung der Schwere.

Genossenschaftspolitik: Freigabe der unfruchtlichen „Neutralität“ und Bündnis mit den staatenbewussten proletarischen, politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Ergänzung der Selbsthilfe durch öffentliche Kredite von Staat und Gemeinden und scharfer Kampf gegen das forwährende Bestehen. Kampf für eine Kommunalreform in die Hände der Genossenschaften und für öffentlich-rechtliche Konsumgenossenschaften.

Angestelltenpolitik: Vorbildliche Betriebsverhältnisse, volle Betriebsratsorganisation und scharfe Verurteilung des Systems des brutaalen „Herr im Hause“ und der politischen Maßregelungen von Arbeitern und Arbeiterinnen.

Internationale Politik: Statt der energielosen antipolitischen Hegepolitik die Initiative zur Förderung Sowjet-Rußlands durch die weltgenossenschaftlichen Genossenschaften und die grundsätzliche Unterstützung der Umwälzung der Diktatur des Proletariats und ihrer Zwangs-Konsumgenossenschaften.

- Erfolge von 1920 bis 1922
- Interessant ist eine Zusammenfassung über die Behandlung der kommunistischen Forderungen auf den Genossenschaftstagen in Darsburg 1920, Baden-Baden 1921 und Elmshorn 1922.
1. Gegen den Abbau der Zwangsvereine! 1920 abgelehnt, 1922 grundsätzlich anerkannt, für Getreidewirtschaft verbessertes Umfangeverfahren gefordert.
 2. Gegen den Abbau der Zersplittertheit! 1921 abgelehnt, 1922 angenommen.
 3. Für die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer und anderer Steuern! 1921 verfehlt, 1922 angenommen.
 4. Gemeinamer Ernährungskampf der Genossenschaften mit den Arbeitervereinen und Gewerkschaften! 1921 abgelehnt, 1922 auf dem Thüringer Genossenschaftstag angenommen.
 5. Kredite von Staat und Gemeinden, als Ergänzung der aufhöchste zu festzulegenden Selbsthilfe, zur Vermeidung von Bankrotten! 1921 verfehlt, später von Frankfurt, Jülich und anderen umgesetzt. 1922 in Elmshorn grundsätzlich bejaht, in Thüringen bereits für bestimmte Kampagnen gefordert. 1925 hohe Staatskredite in Anspruch genommen, trotz „Abzweckung“.
 6. Kommunalisierung der Lebensmittelpolitik zu Händen der Konsumvereine! Wird immer noch bejaht.

7. Verbürgte Lebensmittel an Winterbedürftige mit Entschuldig! Wird verworfen.
8. Genossenschaftlicher Warenanstoß mit Sowjet-Rußland! 1920 und 1921 abgelehnt, von der Genossenschaftsinternationale mittlerweile gefordert, von den deutschen Konsumvereinen abgelehnt.
9. Für Diskussionsfreiheit in der Genossenschaftsfrage! 1920 Antrag Eisen abgelehnt.
10. Dazu kommen unsere Forderungen einer vollen proletarischen Demokratie, d. h. einer Genossenschaftsform, sowie vollständige Betriebsverhältnisse und volle Betriebsratsorganisation.

Unser „Schlachtpfad“

Vor jedem Genossenschaftstag ist die „Rundschau“ gefüllt mit Emotionen über die Kommunisten. Das ist ungefähr so, wie wenn man einen Menschen trifft, auf sich Courage zu machen. Und für die nötige „Ermutigung“ der Delegierten sind besonders vorzuziehliche Schnäpse (siehe „Rundschau“ vom 5. Mai 1923) gut und scharf — nomenbo die Clou für Götz 1923 ist das entsetzliche Verleumdung der Genossenschaftsleitung der KPD, an dem die Genossenschaftler. Gegen etwas Neues und besonders Wichtiges steht nicht drin (das mag nicht in Werksblätter zu schreiben), sondern es ist nur eine träge Zusammenfassung und Anweisung für unsere Tätigkeit. Das ist mit allem verbunden und verbunden sind darin die üblichen fälschlichen und sonstigen Informationen angefordert. Der „letzte gute Wind“ hat es auf den Redaktionsstempel von Reich gewandt und er bruch es ab am 21. April 1923. Wir wollen auch hier die wesentliche Stelle daraus abdrucken, denn es ist eine Schande für die Sozialdemokraten (insbesondere), daß wir in diesem Kampf um die elementare Voraussetzung einer Arbeitergenossenschaftsbewegung, nämlich die Demokratie, kämpfen müssen. Es heißt unserem Werksblatt:

Die aktuelle Genossenschaftsfrage ist jetzt die Genossenschaftsfrage vorzubereiten, daß diese nicht nur von Selbsthelfern und Anhängen beherrscht werden, sondern daß die Delegierten in demokratischer Wahl durch die Mitglieder gewählt werden. Eventuell muß sofort folgende Eingabe an den Konsumverein gerichtet werden und eine Abordnung hingehen. In Besprechungen und Betrieben sind die Unterhelfen für die Eingabe zu sammeln.

(Eintwurf)

Im den Vorstand und Ausschuss der Konsumvereine Die unterzeichneten Mitglieder des Konsumvereins halten es für unbedingt notwendig, daß bei der gegenwärtigen Krise der Genossenschaftsbewegung und der diesjährigen Wichtigkeit der Genossenschaftstage über die Tagesordnung des Unterverbandstages in einer vorher kritischenden außerordentlichen Generalversammlung oder Mitgliederversammlung berichtet und diskutiert wird.

Wir beantragen, daß dann in dieser Versammlung ein Teil der stimmberechtigten Mitglieder des Konsumvereins in demokratischer Weise durch Bestimmungswahl gewählt wird, um das direkte Mitspracherecht der Mitglieder zu gewährleisten. (Die sühnungsgemäßen notwendigen Unterschriften von Mitgliedern [Mitgliedsnummer angeben] in zahlreichen Vereinen 100, haben zu folgen.)

Durch die Presse ist diese Eingabe zu unterstützen. Nur wenn dieses Wählerverhalten durchgeführt wird, ist das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder der Genossenschaftsbewegung und der diesjährigen Wichtigkeit der Genossenschaftstage, die ohne jeglichen Kontakt mit den Mitgliedern sind, für die Zukunft möglich gemacht.

Bei Verweigerung: heftiger Kampf in der Öffentlichkeit — Presseartikel, öffentliche Protestversammlung — und energische Auswertung in der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

In diesem Kampf um das Mitspracherecht der einfachen Mitglieder, um eine wahrhaft proletarische Demokratie werden die Kommunisten aufgefordert, mit denen die Opposition der Massen ihre ersten hegreichen Schlägen schlagen wird.

Die Sprengung des Zentralverbandes!

Unsere Forderungen sind und unsere Forderungen sind erfolgreich. Die KPD und GGGD haben sie bereits angenommen. Die KPD hat sich bereit erklärt, daß die Genossenschaftsbewegung ein gelöst ist. Noch mehr Logik: durch die Forderungen ist endlich wieder eine lebendige Strömung in die stagnierenden Genossenschaftsgewässer gekommen. Unsere Forderungen sind die Rettungswege, denn, wo nur Selbsthilfe war, wurde Bewegung! Das mag für manche Selbsthelfer unangenehm sein, aber das Wesen der Genossenschaft als eine Arbeiterbewegung und eine proletarische Klassenbewegung ist nur so zu retten. Daß Genossenschaft notwendig „Politik“ ist, nicht nur sie das machen wollen, ist doch eine heute ganz offensichtliche Tatsache — wenn nur die Sinne von aller Augen endlich weg wären.

Man will jetzt keine Bewegung vor den „unberufenen Mitgliedern“ führen und hat daher ein „Ausnahmeweg“ gegen die kommunistischen Mitglieder. Der Generalsekretär hat es in dem Brief vom 19. April 1923 ankommen, um noch Bestimmungsmöglichkeiten dieser befragt werden! Dieses Bestimmen ist nicht nur möglich, denn die Opposition dankt bereits für dieses neue willkommene Beweismaterial von Anti-Demokratie. Aber das neue Gesetz bedeutet die Sprengung! Denn es gibt Vereine, die die Mittelwahl von Delegierten aus dem Genossenschaftsrat und der Vertreterversammlung bereits beschlossen haben und werden von diesem demokratischen Fortschritt ebenfalls abgelehnt. Will man den Zentralverband, diese Vereine ausschließen? Das wäre die Konsequenz! Ein zweites Krausz sollte doch wenig verlockend sein.

Wir werden jedenfalls mit aller Energie den Generalsekretärschluß bekämpfen, der den Zentralverband bewahrt. Und jetzt ist die so lange phantasierte Forderung der einheitlichen Konsumbewegung wirklich akut. Es gilt nicht nur und erschließen zu handeln gegen die neuen Anträge von oben auf die elementarsten Rechte der Genossenschaftsmitglieder.

Wenn es nicht gelingt, die Opposition in Gerechtigkeit so breit und hart zu machen, daß sie siegt, tritt die deutsche Konsumvereinebewegung in eine schwere Periode der inneren Zerrüttung und Zersplitterung. Der Göttinger Befehl ist ein flammendes Menekel.

Die jährliche Landtagsfrage der KPD, kämpft für die Konsumvereine

Von der KPD-Fraktion im Sächsischen Landtag ist folgender Antrag gestellt:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erlauben, dem Landtag ein Gesetz vorzulegen, nach dem die jährlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegungen und die Bestimmung des Lohnes und der Befreiung ihrer Mitglieder mit billigen Gegenständen des täglichen Bedarfs Mittel zur Verfügung gestellt werden.“

Diese Mittel sind den Genossenschaften als zinsfreie Darlehen zu überlassen. Jede jährliche Genossenschaft der obengenannten Art ist berechtigt, den schärfsten Betrag ihres eingehaltenen Stammanteils aus den bereitgestellten Mitteln zu beanspruchen.“

Am 18. März 1923 wurde bereits von unserer Fraktion im Sächsischen Landtag ein Antrag gestellt, den Konsumvereine ein zinsfreies Kredit von 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, der aber mit dem Stimmen der KPD, abgelehnt worden ist. Zuversichtlich hat sich die Lage der Konsumvereine außerordentlich ver-

schlechter. Die hohe Umsatzsteuer hat die Vereine ruiniert. Mit den eingehaltenen Geldanteilen können die Konsumvereine ihre Aufgaben nicht erfüllen. Wir werden sehen, wie sich die Sozialdemokraten in Sachen zu dem Antrag stellen werden, und ob an ihnen die heutige Krise der Konsumgenossenschaftsbewegung irgend vorübergehender ist oder nicht. Der Minister hat sich für solche Kredite anlässlich Male gegeben. Es ist endlich an der Zeit, daß die lächerliche sozialdemokratische Regierung die proletarischen Konsumvereine in ihrem Kampf gegen den Hunger aktiv unterstützt.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Generalversammlung des DMB

Der Ortsrat des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm in seiner Mitgliederversammlung zur General-Versammlung folgende Entschlüsse einstimmig an:

Antrag Tümmel (GEGD): Die Forderung von Mindestlohn in Papiermarkt garantiert nicht mehr die Erhaltung der Arbeitskraft aller der Volksteile, die von dem Ertrage dieser Arbeitskraft leben müssen. Der Hauptortland wird beantragt, mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln dahin zu wirken, daß ein verlässlicher Mindestlohn geschaffen wird. Als Arbeiter kann nur über die Wert einer noch höher zu bestimmenden Menge solcher Produkte in Frage kommen, die die Wirtschaftslage im Deutschen Reich entscheidend beeinflussen, z. B. Kohle und Eisen, Wehl und Fleisch.

Antrag Lehner (GEGD): Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat am 1. Juni 14 Angestellte getündigt, weil sie als Mitglieder der KPD, es mit Recht ablehnten, sich auf Ansuchen der Kreis-Ortsverwaltung identisch zu Richtungsänderung von Bestimmung der Arbeitskraft zu verpflichten. Der Hauptverband burfte den Anspruch der Kündigung, die einen unbedingten Eingriff in eine selbständige Organisation darstellt, nicht zuzulassen.

Antrag Wittig (KPD): Nach Veröffentlichung des Reichsfinanzministeriums werden 90 Prozent der Steuererhöhungen des Reichs durch den schmerzhaften Abzug von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht. Diese und die weiteren unauflösbaren Leiden, die die Schwerindustrie durch die Steuererhöhung erhalten und zum Teil ihre Steuern für die Jahre 1923 und 1924 dem Reich noch nicht abgeführt haben; der ungeheure Zustand, daß den Bergwerksbetriebern 40 Milliarden an Kohlenverbraucher vernehmliche Steuern gekündet worden sind; daß die Lohn- und Gehaltsabzüge durch das Unternehmertum nach Reich gleichfalls lange Zeit vorbedarfen werden, verpflichten die Gewerkschaften, alle gewerkschaftlichen Machtmittel in Beschaffung der schmerzhaften Steuererhöhung und nicht geradezu unerhörten Zahlungen zu belegen. Die Generalversammlung in Kraft erachtet von dem Verbandsrat, unterstützt durch die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“, eine unermüdliche Propaganda und Arbeit für die Befreiung der schmerzhaften Lohnsteuer. Alle Lohnnehmenden, die unter dem Ertragsminimum liegen, müssen unbedingt freigegeben werden. Entgegen der Entschlüsse der Arbeiter zur Befreiung des Steuerzahlers zu enthalten haben, sind an den KPD, und die anderen deutschen Zentralgewerkschaften zu helfen und in ihrem ganzen Überlall in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu unterstützen. Die eingehenden Antworten sind gleichfalls im Verbandsorgan der Mitgliedschaft zu unterstützen.

Antrag Lieb (KPD): Im Verbandsorgan wird dauernd durch unwahre und entstellte Berichte die KPD verächtlich, die Haltung der Gewerkschaften zu festhalten, trotzdem der Aktion bekannt ist, daß alle Organe der KPD, ihre Mitglieder wiederholt verpflichtet, an dem Ausbau und der Einbeit der freien Gewerkschaften aktiv mitzuarbeiten. Die einseitige Bekämpfung der Opposition durch Vorstand und Redaktion muß die Kampfkraft unseres Verbandes schwächen und letzten Endes zum Zerfall der noch schwebenden Einheit führen. Die Gewerkschaften der fortschrittlichen Arbeiter müssen sich nicht neugierig dem zu. Die Mitgliedschaft muß beantragt haben: Die Verbands-General-Versammlung möge beschließen, daß Vorstand und Redaktion in Zukunft alles zu unterlassen haben, was die Geschlossenheit des Verbandes gefährden kann, und daß alle politischen Äußerungen in den Spalten der Verbandszeitung zu Worte kommen.

Antrag Pfand (KPD): Am Mittwoch, dem 18. Juni, im „Vollspart“ (sachse) Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverein Halle, nimmt Kenntnis von den Forderungen der weiteren Statutarer Kollegen durch ihren Ruf zum „Vollspart“ gebracht haben und fordert den Hauptortland auf, sich für die KPD einzusetzen.

Antrag Wiegner (KPD): Auf Veranlassung des Hauptverbandes sind eine Reihe Kollegen ausgeschlossen, sollen noch ausgeschlossen werden. Die Mitglieder der KPD sind und entsprechend ihrer politischen Auffassung die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, eine in irgendeiner Form die Einheit des Verbandes zu gefährden. Der Ausschluß oppositioneller Kollegen stellt im kritischen Überlall zu den wiederholten Verleumdungen des Vorstandes, alle Verbandskollegen ungeachtet ihrer politischen Auffassung gleichmäßig zu behandeln.

Verordnungs- und Kassen-Bezirkskonferenz des DMB

Am Sonnabend, dem 16. und Sonntag, dem 17. Juni, findet im „Vollspart“, Halle, eine Konferenz der Verordnungs- und Kassen-Bezirkskonferenz des DMB statt. Teilnehmend die der KPD angehörenden treffen sich am Sonnabend um 5 Uhr im „Vollspart“-Restaurant. Parteiausweis notwendig.

105 Prozent Gehaltserhöhung bei den Angestellten der Berliner Metallindustrie

Zusammen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und den Angestelltenorganisationen ist eine Lohnverhöhung gegenüber den Metallgehältern um 105,1 Prozent vereinbart worden. Die sozialen Folgen erfahren die gleiche Erhöhung.

Streik der Holzarbeiter, Zimmerleute und Tapezierer in Basel

Seit dem 22. Mai haben sämtliche Holzarbeiter und Zimmerleute im Streik. Der Kampf geht um bessere Arbeitsbedingungen und für ein außerordentlich höherer Lohn.

Wir warnen deshalb alle unsere Berufsstollegen aus dem Ausland vor dem Zuzug nach Basel, sowie auch die Tapezierer, soweit sie in den Möbelgeschäften beschäftigt sind.

Die Streikleitung der Baseler Holzarbeiter, Zimmerleute und Tapezierer

Die Arbeiter beschließt, beim Kanalbau in Botten geben möglichst die Erdwärme nach. Die Arbeiter haben durch Verfüllung ihren Tod.

Wilde Passagiere. Der Dampfer „Santa Teresa“, der aus Savanna in einem amerikanischen Hafen eingetroffen ist, sind von neun blinden Passagieren die in den Kohlenbehältern verborgen hatten, fünf erlöst. Die übrigen vier wurden teils schwer erkrankt der Einwanderungsbehörde übergeben.

Verweigerung. Der Staat hat beschloß gegen eine 38prozentige Erhöhung eines Preises. Das ist die alte Preisobergrenze im Juni. Die Staatspreise stiegen dadurch zum Teil auf das 3400fache des Preisniveaus.

Vom Tage

Die Arbeiter beschließt, beim Kanalbau in Botten geben möglichst die Erdwärme nach. Die Arbeiter haben durch Verfüllung ihren Tod.

Wilde Passagiere. Der Dampfer „Santa Teresa“, der aus Savanna in einem amerikanischen Hafen eingetroffen ist, sind von neun blinden Passagieren die in den Kohlenbehältern verborgen hatten, fünf erlöst. Die übrigen vier wurden teils schwer erkrankt der Einwanderungsbehörde übergeben.

Verweigerung. Der Staat hat beschloß gegen eine 38prozentige Erhöhung eines Preises. Das ist die alte Preisobergrenze im Juni. Die Staatspreise stiegen dadurch zum Teil auf das 3400fache des Preisniveaus.

